



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Fokus Europa

Krisen und Gräben überwinden,
regionale und europäische Integration vorantreiben

BMZ PAPIER 7 | 2016
POSITIONSPAPIER



bmz.de

Inhalt

DIE KERNPUNKTE	3
1. FOKUS EUROPA	4
2. DAS BMZ – STARKER BILATERALER PARTNER FÜR UNSERE NACHBARN	6
3. EU-ANNÄHERUNG – PERSPEKTIVEN SCHAFFEN	7
4. DEMOKRATIE, TEILHABE UND RECHTSTAATLICHKEIT – GRUNDSTEIN DER EU ANNÄHERUNG	8
5. WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG – FIT FÜR EUROPA	9
6. UMWELT, KLIMA, ENERGIE	11
7. KONFLIKTLÖSUNGEN UNTERSTÜTZEN	12
8. GESELLSCHAFTEN WACHSEN ZUSAMMEN	13
9. REGIONALE ZUSAMMENARBEIT	14
KERNAUSSAGEN FOKUS EUROPA	15
ANLAGE	16

Die Kernpunkte

Die Länder in der unmittelbaren östlichen Nachbarschaft der Europäischen Union sind eng mit uns verbunden. Die Zusammenarbeit ist von **gemeinsamen Interessen, dem gemeinsamen Willen zur Überwindung der kriegerischen und spaltenden Geschichte, und dem Wunsch nach Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft** geprägt. Das BMZ begleitet die Reformen in den Partnerländern Südosteuropas, Osteuropas und des Südkaukasus seit den 90er Jahren und gestaltet sie maßgeblich mit. Vor dem Hintergrund der **Annäherung an die Europäische Union** sowie der **wirtschaftlichen, politischen und geostrategischen Entwicklungen** hat die Zusammenarbeit in besonderem Maße an Aufmerksamkeit gewonnen. Die **Begleitung der Transformationsprozesse im östlichen Mittelmeerraum sowie in den Staaten der Östlichen Partnerschaft** wird daher im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode als ein **besonderer Schwerpunkt unserer Entwicklungspolitik** genannt.¹ In der

Politik der Bundesregierung findet diese Bedeutung, die durch die gewaltsame Auseinandersetzung in der Ukraine und die hohen Zahlen an Flüchtlingen aus Südosteuropa noch **zugenommen** hat, ihren Niederschlag auch in **einer verstärkten entwicklungspolitischen Kooperation**. Diese zunehmende Bedeutung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit wurde im Rahmen der **Westbalkankonferenz**, die auf Initiative von Bundeskanzlerin Dr. Merkel seit 2014 jährlich die Staats- und Regierungschefs Südosteuropas zusammenbringt („Berlin-Prozess“), noch einmal unterstrichen. Das BMZ unterstützt die Transformations- und Reformprozesse in der Region **durch innovative und neue Ansätze der entwicklungspolitischen Kooperation**. Dies dient nicht nur dem **Zusammenwachsen Europas sowie der Stabilisierung und dem Frieden in der Region**, sondern auch der gemeinsamen Bearbeitung **globaler Zukunftsfragen**.

Mit **zehn Initiativen** werden wir die Zusammenarbeit mit den Ländern Südosteuropas, Osteuropas und des Südkaukasus neu ausrichten:

¹ Vgl. dazu „Deutschlands Zukunft Gestalten – Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD“ für die 18. Wahlperiode

1. **In Serbien**, einem unserer wichtigsten Kooperationsländer in Südosteuropa, unterstützen wir zusammen mit der serbischen Regierung sowie der serbischen und deutschen Wirtschaft die **Schaffung von Arbeitsplätzen**, die **Qualifikation von Arbeitssuchenden** und die **Steigerung von Investitionen** durch die **Initiative für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung**.
2. Wir unterstützen die **Ukraine beim Wiederaufbau von (sozialer und kommunaler) Infrastruktur im Osten des Landes**, bei der Bewältigung der **aktuellen Flüchtlingskrise** und des **Reform- und Modernisierungsprozesses**. Dafür werden wir **Wohnraum wiederherstellen, öffentliche Gebäude rehabilitieren und soziale Infrastruktur** (u.a. Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Sozialstationen) **erneuern**. **Über 3,5 Mio. Menschen** in den betroffenen Kommunen werden von den verbesserten sozialen und kommunalen Angeboten **profitieren**.
3. Wir fördern die **EU Annäherung unserer Partnerländer**. Durch gezielte Prozess- und Organisationsberatung unterstützen wir die Verwaltungen der Partnerländer bei der **Vorbereitung und Umsetzung der Assoziierungsabkommen der Östlichen Partnerschaft** und der **Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen in Südosteuropa**.

4. Wir werden unser Engagement beim Aufbau einer **praxisorientierten beruflichen Bildung** in den nächsten drei Jahren **mehr als verdoppeln**. Dadurch werden zukünftig **über 90.000 Berufsschülerinnen und -schüler pro Jahr** in unseren Partnerländern qualifiziert.
5. Wir stärken die lokalen Finanzsysteme und **bauen die Vergabe von Krediten an Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen (KKMU)** über lokale Finanzinstitutionen **auf jährlich 325.000** aus.
6. Wir fördern die Verbesserung der **kommunalen Versorgungsinfrastruktur**, insbesondere in den Bereichen **Wasser- und Energieversorgung sowie Abwasser- und Abfallentsorgung**. Durch die Ausweitung unseres Engagements wollen wir über **1.800 Kommunen** erreichen.
7. Wir werden die Zusammenarbeit zwischen **deutschen Kommunen und Kommunen aus den Partnerländern** fachlich und finanziell unterstützen und den **Aufbau weiterer Kommunalpartnerschaften fördern**: Die bereits bestehenden **40 kommunalen Partnerschaftskontakte** mit der Ukraine werden wir **intensivieren**. Bis 2020 soll zudem ein Netzwerk von bis zu **20 kommunalen Nachhaltigkeitspartnerschaften** in Ost- und Südosteuropa aufgebaut und begleitet werden.
8. Wir unterstützen unsere Partnerländer, die EU-Klimaziele zu erreichen, d.h. bis zum Jahr 2020 **20% weniger Treibhausgasemissionen** auszustößen, den Anteil **erneuerbarer Energien auf 20%** zu steigern und die **Energieeffizienz um 20%** zu erhöhen. Durch unsere Arbeit wollen wir dazu beitragen, jährlich über **20 Mio. Tonnen CO₂** einzusparen.
9. Wir werden den Ausbau der Stromerzeugungskapazitäten unserer Partnerländer **um rund 4.200 Megawatt aus erneuerbaren Energien** fördern.
10. Wir fördern **grenzüberschreitenden Umwelt- und Klimaschutz** und die Zusammenarbeit der Donauanrainerstaaten, der Länder des Südkaukasus sowie der Anrainerstaaten der Seen Prespa, Ohrid und Shkodra. Dadurch werden in der Zukunft **über 750.000 Hektar an Naturschutzgebieten** geschützt.

1 Fokus Europa

Die Kooperationsländer in Europa verteilen sich auf **drei Sub-Regionen: Südosteuropa, Osteuropa und Südkaukasus**. Diese stehen jeweils vor eigenen Herausforderungen. In Südosteuropa (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Kosovo und

Serbien) stehen die Überwindung der Kriegsfolgen sowie die regionale Integration und damit eine möglichst baldige **Mitgliedschaft in der Europäischen Union** im Vordergrund. Die Länder Osteuropas und des Südkaukasus sind dagegen Teil der **Östlichen Partnerschaft**. Diese ist ein Bestandteil der **Europä-**

ischen Nachbarschaftspolitik und soll die Länder Armenien, Aserbaidschan, Georgien, die Republik Moldau, die Ukraine und Weißrussland näher an die EU heranführen. Eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist dabei nicht ausgeschlossen, sie ist aber nicht das primäre Ziel der Nachbarschaftspolitik.

Trotz der unterschiedlichen Entwicklung und Perspektive verbindet alle diese Länder eine gemeinsame Geschichte der Transformation und eine gemeinsame Zukunft. In den vergangenen 25 Jahren haben sie **kriegerische Auseinandersetzungen, ethnische Konflikte, gewalttätige Umbrüche und Transformationsprozesse** durchlebt. Zunehmend richten sie sich heute an der **Europäischen Union** und **ihren Werten** aus. Die Mitgliedschaft oder die Annäherung an die EU sind erklärte außenpolitische Ziele fast aller Partnerländer. Daneben pflegen viele traditionell **enge Beziehungen zu Russland**. Vor dem Hintergrund des zuletzt deutlich zugenommenen Engagements Russlands in vielen dieser Länder fühlen sie sich in eine Position gedrängt, zwischen einem Weg nach Europa und einem Weg nach Russland entscheiden zu müssen. Es wird daher in der Zukunft zunehmend von Bedeutung sein, dass der mit Opfern verbundene Transformations- und Reformprozess in Richtung Europa **sichtbare und spürbare Vorteile bei den Menschen zeigt**. Denn dafür sind die vielen Menschen in Kiew, Tiflis oder Sarajewo auf die Straße gegangen: neue Arbeitsplätze, eine Modernisierung der Wirtschaft einhergehend mit einer Integration in den EU-Binnenmarkt, moderne Standards in Infrastruktur, Umwelt und Energie, ein bürgerorientiertes, partizipatives und an rechtsstaatlichen Kriterien ausgerichtetes Staatswesen – für die **europäische Wertegemeinschaft**. Den EU Anrainerstaaten kann damit in der Zukunft eine wichtige **Brückenfunktion zwischen der EU und Russland** sowie zur Eurasischen Wirtschaftsunion zukommen.

Der begonnene **Transformationsprozess** ist bereits weit vorangeschritten und hat gewaltige Veränderungen mit sich gebracht. **Europa ist dabei das Ziel, aber auch der Motor von Reformen** und Veränderungen. Reformen sind trotz der erzielten Fortschritte weiterhin notwendig. Die **Wirtschaft ist bisher nur unzureichend vorbereitet** für den europäischen

und internationalen Wettbewerb. Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Branchen sind kaum entstanden. Die **Arbeitslosigkeit** liegt im **Durchschnitt bei über 25 %**, bei Jugendlichen teilweise bei 75 %. Vielfach dominieren **marode Staatsbetriebe oder Oligarchen** die Wirtschaft. In einigen Staaten sind mehr Menschen in staatlicher als in privatwirtschaftlicher Beschäftigung. Eine **unabhängige und effektive Justiz, der Kampf gegen die hohe Korruption, der Schutz von Minderheiten, die Stärkung demokratischer Teilhabe sowie die Modernisierung der Verwaltung** sind elementare Voraussetzungen für eine erfolgreiche Transformation und zugleich Teil unserer entwicklungspolitischen Bemühungen.

In unseren Partnerländern entwickelt sich zunehmend das **Bewusstsein** für die Themen **Energie und Umwelt**. Die **Modernisierung der Energieinfrastruktur sowie die Steigerung der Energieeffizienz** sind entscheidend für die Verbesserung der **Energiesicherheit und des Klima- und Umweltschutzes**. Die Einführung **europäischer Standards im Umweltschutz** ist ein notwendiger Schritt im Rahmen der EU-Annäherung und zugleich globales Zukunftsthema. Dies umfasst insbesondere die Standards im Gewässerschutz, der Ausweisung von Schutzgebieten und im Bereich der Abwasser- und Müllentsorgung.

Neben den Herausforderungen des EU Annäherungsprozesses, haben unsere Partnerländer noch immer mit den **Folgen der globalen Finanzkrise, mit regionalen Entwicklungsdisparitäten, innerstaatlichen Krisen, Flüchtlingsbewegungen, eingefrorenen Konflikten** und – im Falle der Ukraine – mit **kriegerischen Auseinandersetzungen** und einer **schwierigen humanitären Lage** zu kämpfen. Deutschland kommt vor diesem Hintergrund eine besondere Rolle zu, nicht nur als einem der **wichtigsten bilateralen Partner**. Mit unserer **eigenen Erfahrung im Rahmen der Wiedervereinigung und der Transformation**, mit unserem **Gewicht innerhalb Europas**, mit unserer **engen kulturellen Bindung** mit den Partnerländern und mit **unserem langjährigen Engagement** in Osteuropa, Südosteuropa und im Südkaukasus sind wir **Fürsprecher, Förderer und Brückenbauer**.

2 Das BMZ – starker bilateraler Partner für unsere Nachbarn

Das **BMZ ist seit den 90er Jahren ein enger und verlässlicher Partner** der europäischen Nachbarländer. Das **zeitige und sichtbare Engagement Deutschlands** nach den Umbrüchen in der Region sowie die Aufnahme von zahlreichen Flüchtlingen haben die Grundlage für die ausgezeichnete Reputation gelegt, auf die die deutsche Entwicklungszusammenarbeit heute bauen kann.

Heute arbeiten wir über unsere Durchführungsorganisationen mit **mehr als 650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in zwölf Ländern** in der europäischen Nachbarschaft. Besonders eng sind die bilateralen Beziehungen mit den Ländern **Albanien, Kosovo, Serbien und der Ukraine**. Mit **Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro und Moldau** arbeiten wir thematisch fokussiert oder regional zusammen. Die Zusammenarbeit mit **Weißrussland** beschränkt sich auf zivilgesellschaftliche Organisationen. Wir unterstützen in besonderem Maße **regionale Initiativen, die der Lösung grenzüberschreitender Probleme, der Vertiefung der Kooperation und der Integration** dienen.

Die **jährlichen** Zusagen an die europäischen Nachbarnschaftsländer belaufen sich auf **rund 550 Mio. Euro**, wobei ungefähr ein **Viertel für regionale Ansätze** zur Verfügung steht. Ziel unserer Politik ist es, einen Beitrag zum gesellschaftlichen **Zusammenwachsen Europas** auf allen Ebenen zu leisten. Neben den staatlichen Durchführungsorganisationen arbeiten wir daher eng mit den **deutschen Ländern und Kommunen, den Kirchen und politischen Stiftungen, der deutschen Wirtschaft sowie der Zivilgesellschaft** zusammen. **Kommunen** können mit ihrer Expertise bei der nachhaltigen **Gestaltung des Transformationsprozesses** wertvolle Unterstützung leisten und ihrerseits im Rahmen eines **partnerschaftlichen Dialogprozesses** von der Zusammenarbeit profitieren.

Die **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung** ist seit ihrer Verabschiedung im September 2015 der Orientierungsrahmen für nachhaltige Entwicklung weltweit. Die Umsetzung der Agenda wird erhebliche Anforderungen an alle Länder stellen – auch an die Länder in unmittelbarer Nachbarschaft von Europa. Wir wollen mit gutem Beispiel voran gehen und unserer Verantwortung gerecht werden. Dies erwarten wir auch von anderen Staaten. Globale nachhaltige Entwicklung erreichen wir nur, wenn wir gemeinsam die globalen Herausforderungen bewältigen. Wir richten unsere **gesamte Entwicklungszusammenarbeit an der Agenda 2030 aus**. Viele unserer Partnerländer haben bereits mit der Umsetzung der Agenda begonnen. Wir unterstützen sie dabei, ihre **nationalen Politiken auf nachhaltige Entwicklung auszurichten**. Dies betrifft u.a. den **Aufbau notwendiger Kapazitäten im Bereich Entwicklungsplanung, Finanzierung, Umsetzung sowie Evaluierung und Monitoring**.

In den Partnerländern in direkter Nachbarschaft zur Europäischen Union spielt die **europäische Entwicklungszusammenarbeit** und die EU-Assoziierungs- und Erweiterungspolitik eine besondere Rolle. Als größter Beitragszahler der EU sehen wir uns dabei in einer besonderen Verantwortung. Wir setzen uns für eine **enge Verzahnung von europäischer und deutscher Zusammenarbeit** ein. Das Zusammenspiel mit den EU-Instrumenten und die vielfältige Ko-Finanzierung deutscher EZ-Vorhaben ermöglicht es in der Nachbarschaft Europas **besonders effektiv** zu arbeiten und eine **große Hebelwirkung** sowie eine **hohe Sichtbarkeit** zu erzielen. Die Instrumente der EU-Annäherung und Integration setzen den **klaren Rahmen für Reformen** und schaffen den idealen Anreiz für nachhaltige politische, wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung und für eine gelingende Transformation. Im Rahmen des EU-Annäherungsprozesses **fordert Deutschland** von den Partnerländern Reformen ein, und **unterstützt die Partnerländer** im Gegenzug durch entsprechende **fachliche, finanzielle und politische Hilfe**.

3 EU-Annäherung – Perspektiven schaffen

Die Grundlage für die EU Annäherung sind die **Erfüllung politischer und wirtschaftlicher Mindestvoraussetzungen** sowie die schrittweise **Übernahme des *acquis communautaire***, des gemeinsamen Besitzstandes an europäischen Regeln, Vorschriften und Politiken. Die Themenfelder sind ebenso vielfältig wie anspruchsvoll und reichen von der Modernisierung der Verwaltung bis zur Harmonisierung im Bereich der Produktsicherheit. Die beteiligten Akteure sind breitgefächert. Von der Regierung bis zu den einzelnen Gemeinden sind **alle staatlichen Ebenen involviert**. Die Vorbereitung und Durchführung der **Beitritts- und Assoziierungsverhandlungen** kommt einem **nationalen Kraftakt** gleich. Wir unterstützen unsere Partnerländer vor diesem Hintergrund nicht nur bei den **einzelnen Fachthemen und** der Erfüllung der Voraussetzungen der **Verhandlungskapitel**, sondern auch bei den **eigentlichen Verhandlungen mit der EU** und bei der **Koordination des Annäherungsprozesses** innerhalb der Regierung.

Für die Menschen in unseren Partnerländern ist der **Transformationsprozess mit Opfern und Entbehrungen verbunden**. Marode Staatsbetriebe werden aufgelöst, aufgeblähte Verwaltungen verschlankt. Damit kann temporär die bereits hohe Arbeitslosigkeit weiter ansteigen. **Chancen und Vorteile der Transformation** müssen daher schnell und spürbar zu **Verbesserungen für die Menschen** beitragen. Die **Hoffnungen und Erwartungen in den Wandel und die Europäische Union** werden sonst enttäuscht und der Transformationsprozess läuft Gefahr an Rückhalt zu verlieren. Wir unterstützen daher – in enger Abstimmung mit der EU und anderer EU-Mitgliedsstaaten – nicht nur die unmittelbare Umsetzung der europäischen Standards, sondern flankieren diese auch mit **Maßnahmen zur spürbaren Verbesserung**

der Lebensbedingungen in den Partnerländern – von der Modernisierung der Versorgungsinfrastruktur, über Privatwirtschaftsentwicklung bis hin zur Reform von Justiz und Verwaltung.

WAS WOLLEN WIR KONKRET TUN?

- Wir unterstützen die EU-Annäherung unserer Partnerländer. Durch gezielte Prozess- und Organisationsberatung **fördern wir die Verwaltungseinheiten der Partnerländer bei der Vorbereitung und Umsetzung der Assoziierungsabkommen im Rahmen der Östlichen Partnerschaft** (Georgien, Moldau und Ukraine) und der **Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen** in Südosteuropa (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Serbien sowie – im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit – die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro).
- Wir unterstützen die Partnerländer in Südosteuropa **bei der transparenten und korrekten und effizienten Verwendung von Mitteln der EU-Heranzuführungshilfe (IPA)**, um rasch spürbare Verbesserungen der Lebensbedingungen der Menschen herbeizuführen. Dazu werden wir in **sechs Partnerländern** Südosteuropas die nationalen IPA-Koordinierungsstellen stärken und beraten.
- Wir beraten unsere Partnerländer im Rahmen der EU-Annäherung zu den verschiedenen Fachthemen. Dabei unterstützen wir z.B. in der Republik Moldau den **Aufbau staatlicher Inspektoren für die Bereiche Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit**, um die Anforderungen der EU-Assoziierungsabkommen zu erfüllen.

4 Demokratie, Teilhabe und Rechtstaatlichkeit – Grundstein der EU Annäherung

Rechtsstaatlichkeit, Schutz von Menschenrechten, stabile Institutionen und eine funktionierende öffentliche Verwaltung sind die Grundbausteine für eine gelingende Transformation. Ohne umfassende Rechtssicherheit bildet sich kein **Vertrauen** der Bürgerinnen und Bürger **in ihren Staat**, ohne Vertrauen in den Rechtsstaat besteht keine Grundlage für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum. Erst der Aufbau einer leistungsfähigen, modernen Verwaltung ermöglicht **zielgerichtetes und verantwortliches staatliches Handeln** bei knappen öffentlichen Mitteln. **Regelkonformes und transparentes Management öffentlicher Finanzen** sind grundlegend für die Vermeidung von Korruption. Nur wenn die Menschen ihr Schicksal selbst mitbestimmen können, erhalten die Reformen die **nötige Legitimität und Akzeptanz**.

In unseren Partnerländern sind in den vergangenen Jahren **aktive Zivilgesellschaften** entstanden. Diese fordern ihre **demokratische Beteiligung an staatlichen Entscheidungsprozessen** und ein **modernes, bürgerorientiertes Handeln der Verwaltung** ein. Damit gehen nicht nur technische Aspekte wie die Einführung des eGovernment, sondern auch eine modernisierte Verwaltung und ein gewandeltes Verständnis von Staat und Bürger einher. Der **Dezentralisierung** von Aufgaben und Entscheidungen kommt

dabei eine wachsende Bedeutung zu. Die **Stärkung dezentraler staatlicher Strukturen** im Zusammenspiel mit der **wirtschaftlichen Entwicklung von ländlichen Räumen** fördert bürgernahes Verwaltungs- und Staatshandeln sowie gleichwertige Lebensverhältnisse in unseren Partnerländern.

Viele Themen haben dabei Auswirkungen auf angrenzende Länder bis hinein in die EU. Die Bekämpfung der **organisierten Kriminalität und Korruption**, der Umgang mit **Minderheiten**, die **sozialen Aspekte** des Rechtsstaates, der Schutz **von Menschenrechten und der Pressefreiheit** – die Standards und Anforderungen sind hoch und wurden nach der letzten EU-Erweiterungsrunde noch weiter erhöht. Die **zentrale Rolle der Kapitel 23** (Justiz und Grundrechte) **und 24** (Recht, Freiheit und Sicherheit) im Rahmen der Beitrittsverhandlungen spiegelt dies wider. Fortschritte in diesen Bereichen werden aber nicht nur von den Bürgerinnen und Bürgern der Partnerländer eingefordert. Organisierte Kriminalität und die Flucht vor Menschenrechtsverletzungen haben erhebliche **Auswirkungen auf Nachbarländer und die Europäische Union** insgesamt.

WAS WOLLEN WIR KONKRET TUN?

- Wir unterstützen **nationale Reform- und Modernisierungsprozesse** in unseren Partnerländern. In der Ukraine und der Republik Moldau beraten wir durch hochrangige deutsche Experten direkt die Präsidenten bzw. Ministerpräsidenten.
- Wir unterstützen die Entwicklung von **leistungsfähigen, stabilen und transparenten öffentlichen Finanzsystemen** in Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kosovo, Serbien und in der Ukraine.
- Wir fördern die **Entwicklung freier, transparenter Medien und die journalistische Qualität**. Die **Journalistenausbildungsprogramme der Deutschen Welle Akademie** in unseren Partnerländern unterstützen wir mit rund **eine Mio. Euro jährlich**.
- Wir werden **acht Partnerländer** (Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kosovo, Republik Moldau, Serbien, Ukraine) dabei unterstützen, ihre **öffentliche Verwaltung zu modernisieren** und **bürgerorientierte Dienstleistungen anzubieten**. Durch den Aufbau neuer Bürgerbüros werden **rund vier Mio. Menschen schnelleren und leichteren Zugang zu Dienstleistungen der Verwaltung** erhalten.
- Wir setzen uns für die **Bekämpfung der Korruption** in unseren Partnerländern ein. Dazu stärken wir Transparenz und Rechenschaftslegung, nationale Kontrollinstitutionen, wie Rechnungshöfe und Ombudsmänner/-frauen und unterstützen die Reform der öffentlichen Beschaffungssysteme und des Strafrechts.

5 Wirtschaft und Beschäftigung – fit für Europa

Wirtschaftliche Stabilisierung und die Möglichkeit aller Bevölkerungsschichten, sowohl zur wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen als auch an ihren Erfolgen teilzuhaben, sind wesentliche Voraussetzungen für breitenwirksames Wachstum, Wohlstand und die Konsolidierung noch junger Demokratien. Grundlage dafür ist die **Schaffung einer funktionierenden Marktwirtschaft, die an sozialen und ökologischen Standards ausgerichtet ist**.

Die **Transformation der Wirtschaft und die Privatisierung** ehemals staatseigener Betriebe sind in den meisten Partnerländern Osteuropas, Südosteuropas und des Südkaukasus **nicht abgeschlossen** und

nur in einigen Fällen haben sie zu wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmen geführt. **Schwerfällige Verwaltungsstrukturen, unzureichende gesetzliche Rahmenbedingungen, bürokratische Hürden, Korruption und die Verflechtung von Politik und Wirtschaft** erschweren häufig unternehmerische Tätigkeit. Diese Rahmenbedingungen müssen deutlich verbessert werden, um allen Wirtschaftsbeteiligten größere Rechtssicherheit zu bieten und das **Vertrauen von in- und ausländischen Investoren zu erhöhen**.

Der Zugang zum **EU-Binnenmarkt** für Waren und Dienstleistungen ist ein wichtiger Wachstumsfaktor gerade in den EU-Anrainerstaaten. Der schrittweise

Abbau von Handelsbarrieren und die Öffnung des EU-Binnenmarkts setzen eine erhebliche Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Produkte der Partnerländer voraus. Ohne **notwendige Strukturreformen** ist die regionale Wirtschaft nicht in der Lage, dem Wettbewerbsdruck im Binnenmarkt standzuhalten. Auch der Ausbau der Qualitätsinfrastruktur, der Zertifizierung und Normung ist ein wichtiger Aspekt für den Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Wir fördern die **Wettbewerbsfähigkeit** durch die Unterstützung der Entwicklung von **nationalen Wirtschaftsreformstrategien**, durch **Handelsförderung** und durch die gezielte **Förderung von Kleinst-, Klein- und Mittelgroßen Unternehmen (KKMU)**. **Lebendige Berufsbildungs- und Kammerpartnerschaften**, die intensive **Zusammenarbeit mit dem Ostausschuss der deutschen Wirtschaft**, eine Vielzahl an **Entwicklungspartnerschaften mit deutschen Unternehmen** und der hohe deutsche Lieferanteil belegen dabei, dass **Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaft Hand in Hand** gehen und zu einem **Zusammenwachsen Europas beitragen**.

Ausbildungssysteme und -institutionen, die kaum Reformen in den letzten 30 Jahren erfahren haben, sind nur begrenzt in der Lage, Fachkräfte mit den erforderlichen Kompetenzen und praktischen Fertigkeiten für die Wirtschaft bereitzustellen. Gerade in neuen, grünen oder innovativen Wirtschaftszweigen ist **erheblicher Nachholbedarf** vorhanden. Dies dient nicht nur der **Beschäftigungsförderung** und damit auch dem **Abbau von Armut**, sondern befähigt die Partnerländer für den europäischen Binnenmarkt konkurrenzfähig zu werden. Der Reduzierung der **Arbeitslosigkeit**, die im **Durchschnitt über 25 %** – bei Jugendlichen teilweise bei 75 % liegt – kann zum Abbau von sozialen Spannungen beitragen. Um Erfolge der politischen Transformation zu sichern, ist es nötig, **Beschäftigungsmöglichkeiten gerade für Jugendliche** auszubauen. Dies schafft **Perspektiven vor Ort** und **beugt der Abwanderung qualifizierter und motivierter Menschen vor**, die für die Entwicklung in den Partnerländern wichtig sind.

WAS WOLLEN WIR KONKRET TUN?

- **In Serbien** unterstützen wir zusammen mit der serbischen Regierung sowie der serbischen und deutschen Wirtschaft die **Schaffung von Arbeitsplätzen**, die **Qualifikation von Arbeitssuchenden** und die **Steigerung von Investitionen** durch die **Initiative für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung**.
- Wir werden unser Engagement beim Aufbau einer **praxisorientierten beruflichen Bildung** in den nächsten drei Jahren **mehr als verdoppeln**. Dadurch werden zukünftig **über 90.000 Berufsschülerinnen und -schüler pro Jahr** in unseren Partnerländern qualifiziert.
- Wir unterstützen die **Modernisierung der Finanzsysteme** in unseren Partnerländern. Dazu werden wir die **Beratung von rund 100 Banken** fördern.
- Wir stärken lokale Finanzsysteme und unterstützen die **Kreditvergabe an Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen (KKMU)** über lokale Finanzinstitutionen. Wir **bauen die Vergabe von Krediten** an Kleinst-, Klein- und Mittelständige Unternehmen **auf jährlich rund 325.000** aus.
- Wir stärken lokale Wirtschaftsstrukturen durch mehr als **zehn Berufsbildungs- und Kammer- sowie Verbandspartnerschaften** mit der deutschen Wirtschaft.
- Wir fördern die innovative Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft durch **sechs Hochschulpraxispartnerschaften mit dem DAAD**.

6 Umwelt, Klima, Energie

Trotz der komplexen Herausforderungen im Transformationsprozess wächst in unseren Partnerländern zunehmend das Bewusstsein über die Notwendigkeit des **Schutzes der natürlichen Ressourcen und des Klimas**. Die Anforderungen der EU im Umwelt- und Klimabereich gelten neben den rechtsstaatlichen Fragestellungen als eine der **größten Hürden auf dem Weg in die EU. Altlasten aus industrieller Vergangenheit**, eine immer noch **unzureichende Abwasser- und Abfallentsorgung** ebenso wie die **marode Energieversorgung** stellen ein hohes Gefährdungspotential für die Gesundheit der Menschen und die Umwelt in unseren Partnerländern bzw. den weltweiten Klimaschutz dar.

Die Erfüllung der EU-Standards erfordert in allen Partnerländern **erhebliche Investitionen**. Wir unterstützen unsere Partner sowohl finanziell als auch durch die Bereitstellung von technischem Know-How. Je nach Kontext setzt das deutsche Engagement dabei verschiedene Schwerpunkte: Während in fragilen Regionen die **Sicherstellung der Grundversorgung** mit Wasser und Energie im Zentrum steht, rücken in unseren **langjährigen Kooperationsländern** die Themen **Energiesicherheit, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Abfallbeseitigung** und der **schonende Umgang mit Ressourcen**, u.a. in der Landwirtschaft, in den Fokus der Zusammenarbeit.

In unseren Partnerländern sind wir im Energiesektor heute bereits einer der bedeutendsten Geber. Hierbei fördern wir durch Finanzierungs- und Beratungsangebote die **Steigerung der Energieeffizienz in Erzeugung, Übertragung und Verbrauch sowie die Einführung und den Ausbau von erneuerbaren Energiequellen** wie Wind, Wasser, Sonne und Biomasse und tragen dadurch maßgeblich zur **Reduktion von Treibhausgas- und Schadstoffemissionen** bei. Durch die Abmilderung der vielfach bestehenden einseitigen Abhängigkeit von ressourcenreichen Ländern tragen wir zu einer Stärkung der Versorgungssicherheit in unseren Partnerländern bei und stärken dadurch deren energiepolitische Unabhängigkeit.

Unsere Partnerländer in Osteuropa, Südosteuropa und dem Südkaukasus verfügen über großes Potenzial, **Beiträge zum Schutz des globalen Klimas, zum Schutz der Umwelt allgemein** und insbesondere zum **Schutz der Biodiversität** zu leisten.

WAS WOLLEN WIR KONKRET TUN?

- Wir unterstützen unsere Partnerländer, die EU-Klimaziele (20-20-20) zu erreichen, d.h. bis 2020 **20 % weniger Treibhausgasemissionen** auszustößen, den Anteil **erneuerbarer Energien auf 20 % zu steigern** und die **Energieeffizienz um 20 % zu erhöhen**. Durch die Ausweitung unseres Engagements wollen wir dazu beitragen, jährlich über **20 Mio. Tonnen CO₂ einzusparen**.
- Durch Finanzierung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wird die Stromerzeugungskapazität in unseren Partnerländern **um rund 4.200 Megawatt aus erneuerbaren Energien** ausgeweitet werden.
- Wir weiten unsere Fördermaßnahmen zur **energetischen Wohnraummodernisierung auf jährlich über 25.000 Haushalte** aus.
- Wir fördern die Verbesserung der **kommunalen Versorgungsinfrastruktur**, insbesondere in den Bereichen **Wasser- und Energieversorgung sowie Abwasser- und Abfallentsorgung**. Durch die Ausweitung unseres Engagements **wollen wir über 1.800 Kommunen** erreichen.
- Wir fördern den **Aufbau der ersten fünf Windparks** in Südosteuropa und damit die Versorgung von **über 700.000 Menschen mit Strom aus erneuerbaren Energien**.

7 Konfliktlösungen unterstützen

Die Anrainerstaaten in Osteuropa, Südosteuropa und im Südkaukasus werden durch **lokale und regionale Konflikttherde** in ihrer **Entwicklung und friedlichen Entfaltung gehemmt**. Diese Konflikttherde sind dabei vielfältig und historisch unterschiedlich begründet. Sie reichen von **regionalen Entwicklungsdisparitäten und innenpolitischen Konflikten**, über **eingefrorene und/oder virulente Konflikte** (z.B. in Abchasien, Berg-Karabach, Nord-Kosovo, Transnistrien oder Südossetien) bis hin zu faktisch offenen **militärischen Auseinandersetzungen**, wie in der Ukraine. Die lebendige Erinnerung an Krieg und Vertreibung im Westbalkan, im Südkaukasus und nun auch wieder in der Ukraine bestimmt noch heute das Verhältnis der Völker und Regierungen zueinander. Der Umgang mit Vertriebenen und Flüchtlingen und deren zurückgelassenem Eigentum, mit der strafrechtlichen Aufarbeitung, mit abgespaltenen Gebieten und separatistischen Bewegungen **belastet die innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Beziehungen**.

Deutschland setzt sich für den **Dialog und die friedliche Beilegung** von Konflikten ein. Wir vermitteln zwischen den betroffenen Parteien und setzen auf eine **Einbindung aller Seiten** in die kooperative Zusammenarbeit. Die **Förderung von Stabilität und Frieden** sind für uns eine bedeutsame Querschnittsaufgabe. Ob Versöhnungsarbeit, Aufarbeitung von geschichtlichem Unrecht, der Schutz von Minderheiten oder die Reintegration von Flüchtlingen – wir unterstützen die Partnerländer in sensiblen und politisch bedeutsamen Themenfeldern. Lösungen für diese Konflikte zu finden und gemeinsam zu entwickeln, trägt zu einer **langfristigen und nachhaltigen Stabilisierung** unserer Partnerländer bei. Die kirchliche Versöhnungsarbeit und der Zivile Friedensdienst sind dabei wichtige Elemente. Unsere Arbeit zielt darauf, die **Perspektiven für die Menschen vor Ort zu verbessern** und **Fluchtursachen zu bekämpfen**.

WAS WOLLEN WIR KONKRET TUN?

- Wir werden die **zivile Konfliktlösung und -prävention** in unseren Nachbarländern in enger Abstimmung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen fördern und – im Rahmen der haushaltsmäßigen Möglichkeiten – den Einsatz von bis zu **20 Fachkräften des Zivilen Friedensdienstes (ZfD)** pro Jahr unterstützen. Dadurch werden zukünftig u.a. auch Verbände der Kriegsveteranen in die **Versöhnungsarbeit** in Südosteuropa einbezogen und die **Jugendarbeit** ausgeweitet.
- Wir unterstützen die **Ukraine beim Wiederaufbau** (sozialer und kommunaler) Infrastruktur im Osten des Landes, bei der **Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise** und des Reform- und Modernisierungsprozesses. Dafür werden wir **Wohnraum wiederherstellen, öffentliche Gebäude rehabilitieren** und **soziale Infrastruktur** (u.a. Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Sozialstationen) **erneuern**. **Über 3,5 Mio. Menschen** in den betroffenen Kommunen werden von den verbesserten sozialen und kommunalen Angeboten **profitieren**.
- Wir unterstützen die Überwindung von regionalen Entwicklungsdisparitäten und den damit zusammenhängenden Abbau von innerstaatlichen Konflikten. In **acht Ländern** werden wir uns durch die **Förderung der Dezentralisierung für eine Stärkung von Demokratie und Entwicklung gerade in peripheren Gebieten** einsetzen. In der Ukraine soll damit z.B. der Friedensprozess und der Reformprozess der Regierung gezielt unterstützt werden.

8 Gesellschaften wachsen zusammen

Die Länder Osteuropas, Südosteuropas und des Südkaukasus rücken zusehends näher an die Europäische Union heran. **Persönliche, gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen** machen nicht an den Grenzen der Europäischen Union halt. Dieses zunehmende Zusammenwachsen kann genutzt werden, um den **Transformationsprozess zu begleiten** und die **gesamte Gesellschaft** in unseren Partnerländern **zu involvieren**. Dies stärkt **demokratische, zivilgesellschaftliche Akteure** und kann zur **Versöhnung von Völkern und Menschen beitragen**. **Kommunale Partnerschaften** haben in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich zur **Völkerverständigung und zur Integration Europas beigetragen**. Dieses Potenzial werden wir noch stärker nutzen.

Das **BMZ unterstützt das Zusammenwachsen Europas**. Durch die **Förderung des wirtschaftlichen, kulturellen, kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements** sowie von **Initiativen der deutschen Bundesländer und Kommunen** möchten wir **Brücken bauen und Menschen verbinden**. Dieser Brückenschlag soll möglichst alle gesellschaftlichen Schichten und alle staatlichen Ebenen umfassen sowie zu einem gegenseitigen Verständnis und Zusammenwachsen innerhalb Europas beitragen. Dafür werden wir auch den Bereich des **Jugendaustausches** im Rahmen des **entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes „weltwärts“ stärken** und globales Lernen und zivilgesellschaftliche Strukturen fördern.

WAS WOLLEN WIR KONKRET TUN?

- Wir werden über **Engagement Global** die **Zusammenarbeit zwischen deutschen Kommunen und Kommunen** aus den Partnerländern fachlich und finanziell unterstützen und **weitere Kommunalspartnerschaften** fördern: Die bereits bestehenden **40 kommunalen Partnerschaftskontakte** mit der Ukraine werden wir **intensivieren**. Bis 2020 soll zudem ein Netzwerk von bis zu **20 kommunalen Partnerschaften** in Ost- und Südosteuropa aufgebaut und begleitet werden.
- Wir fördern die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft. Dafür unterstützen wir **100 neue Partnerschaften von Schulen, Hochschulen, Vereinen, Kirchengemeinden** sowie die **Aktivitäten der deutschen Bundesländer**.
- Wir fördern das Zusammenwachsen der Wirtschaft. Dafür sollen in den nächsten drei Jahren **375 zusätzliche Stipendiaten** durch Praktika in renommierten deutschen Betrieben **ausgebildet** werden. Das bereits bestehende **regionale Alumni-Netzwerk** soll damit **auf über 1.200 Nachwuchskräfte** aus Südost- und Osteuropa und dem Südkaukasus **ausgeweitet** werden.

9 Regionale Zusammenarbeit

Das BMZ fördert **verschiedene regionale Ansätze** in den Partnerländern Osteuropas, Südosteuropas und des Südkaukasus. Viele Herausforderungen lassen sich **nicht alleine auf nationalstaatlicher Ebene lösen**. Organisierte Kriminalität, Umwelt- und Klimaschutz, regionale Infrastruktur (insbesondere im Energiebereich), Migration, grenzüberschreitende Wertschöpfungsketten oder die internationale rechtliche Zusammenarbeit; all diese Themen können Länder **nicht allein bearbeiten**. Bei anderen Themen ist die **Abstimmung, das voneinander Lernen** und das **gemeinsame Entwickeln von Lösungen** besonders erfolgsversprechend. Gemeinsam entwickelte Lösungen erweisen sich als besonders tragfähig und nachhaltig, da sie auf **großer Eigenverantwortung basieren**.

Allerdings gibt es bisher **keine tragfähigen Regionalorganisationen** in Osteuropa, Südosteuropa oder dem Südkaukasus. Auf dem **durch Kleinststaaten charakterisierten Balkan** entsteht die **Notwendigkeit zur Zusammenarbeit** automatisch. So gibt es kein größeres Fluss-System, an dem nicht mehrere Länder beteiligt wären. Im Energiebereich ist die Zusammenarbeit bei Erzeugung, Übertragung und Speicherung zur Förderung von Energiesicherheit und Klimaschutz unumgänglich. Erfahrungen mit dem EU-Integrationsprozess gibt es in unseren Partnerländern und in den Ländern in unmittelbarer Nachbarschaft, die erst vor kurzem der EU beigetreten sind. Diese **Erfahrungen zusammenzubringen** und in die Unterstützung der Partnerländer einfließen zu lassen, ist ein Element für den Erfolg unserer Entwicklungszusammenarbeit. Deshalb sehen wir unsere **regionale Arbeit als komplementär zu unserer bilateralen Zusammenarbeit**.

Regionale Zusammenarbeit ist ein grundsätzliches **Gebot der EU**. Spätere EU-Mitglieder sollen untereinander regionale Kooperation einüben, um sich auf das Zusammenwirken in Europa und seinen Institutionen vorzubereiten. Dieses Gebot ist nicht thematisch beschränkt, sondern regionale Zusammenarbeit wird als **Wert an sich** verstanden.

Auch im Rahmen der **Östlichen Partnerschaft** spielt die regionale Zusammenarbeit eine besondere Rolle. Mit dem Abschluss von **EU-Assoziierungsabkommen** durch die **Ukraine, die Republik Moldau und Georgien** besteht die Möglichkeit, diese Länder gemeinsam im Rahmen des Annäherungsprozesses zu unterstützen. Deutschland unterstützt zudem die Länder des Südkaukasus seit 2001 im Rahmen der **Kaukasus-Initiative**. Die regionale Zusammenarbeit bringt die Länder zu den fachlichen Themen Umweltschutz, gute Regierungsführung und Privatwirtschaftsentwicklung an einen **gemeinsamen Tisch** und bietet eine **Plattform für die gemeinsame Arbeit**.

WAS WOLLEN WIR KONKRET TUN?

- Wir fördern **grenzüberschreitenden Umwelt- und Klimaschutz** und die Zusammenarbeit der Donauanrainerstaaten, der Länder des Südkaukasus sowie der Anrainerstaaten der Seen Prespa, Ohrid und Shkodra. Dadurch werden in der Zukunft **über 750.000 Hektar an Naturschutzgebieten** geschützt².
- Wir fördern die Einbindung der Partnerländer in das **europäische Energieversorgungsnetz** durch den **Bau grenzüberschreitender Leitungen** in Südosteuropa.
- Wir fördern in den nächsten drei Jahren **100 regionale Initiativen, Netzwerk- und Fachveranstaltungen** zu Fachthemen im Rahmen des EU-Annäherungsprozesses.
- Wir unterstützen die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit von benachbarten Kommunen** in drei Pilotregionen Südosteuropas bei der Bearbeitung gemeinsamer Probleme nach dem Vorbild der regionalen Zusammenarbeit innerhalb der EU.

² Dies entspricht in etwa der dreifachen Fläche Luxemburgs.

Kernaussagen Fokus Europa

- 1. Deutschland ist außen-, entwicklungs-, sicherheits-, und wirtschaftspolitisch wichtigster Partner für die Region in Europa.**
- 2. Südost-, Osteuropa und Südkaukasus sind für die Sicherheit und Stabilität in Europa und für Deutschlands Wirtschaft von herausragender Bedeutung. Die Unterstützung und Stabilisierung der Ukraine in der aktuellen Krisensituation ist dabei prioritär.**
- 3. Fordern und Fördern:** Deutschlands Stellung in der Region und unsere fordernde Rolle gegenüber den Partnerländern im EU-Annäherungsprozess wird durch Förderangebote der Entwicklungspolitik glaubwürdig ergänzt.
- 4. Länder im östlichen Mittelmeerraum und Mitgliedsstaaten der Östlichen Partnerschaft sind ein besonderer Schwerpunkt unserer Entwicklungspolitik.**
- 5. Ziel deutscher Entwicklungspolitik ist dabei, Transformationsprozesse in Ost- und Südosteuropa sowie im Südkaukasus ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig zu unterstützen.**
- 6. Deutschland engagiert sich als verlässlicher Partner** seit dem Ende des Zusammenbruches der Sowjetunion bzw. seit Ende der Balkankriege und unterstützt die Partnerländer in Osteuropa, Südosteuropa und im Südkaukasus **bei der erfolgreichen EU-Integration und EU-Annäherung** sowie bei der **Umsetzung der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen** mit der Europäischen Union.
- 7. Bilaterale deutsche entwicklungspolitische Förderung macht unsere Partner fit für Europa und flankiert die Ansätze und Förderinstrumente der EU.**
- 8. Unsere Partnerländer richten sich auf die EU-Annäherung aus. Sie ist der Maßstab für Eigenverantwortung und Entwicklungsorientierung unserer Partner und Referenzpunkt für Geberansätze zugleich.**
- 9. Europa wächst zusammen: Deutschland unterstützt den regen Austausch der Partnerländer mit deutschen Bundesländern, Kommunen, Kirchen und Stiftungen, Handwerkskammern und Wirtschaftsverbänden sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen.**
- 10. Deutschlands entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Europas Nachbarn leistet konkrete Beiträge zu den Schwerpunktthemen Klima, Umwelt, Unterstützung von Konfliktregionen, Förderung nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung (einschließlich der Förderung von Beschäftigung, KKMUs und ländlicher Entwicklung) sowie von zivilgesellschaftlichen Ansätzen. Auf dem Gebiet der Migration leistet die Entwicklungszusammenarbeit regionalspezifisch wichtige Beiträge zur Schaffung von Perspektiven vor Ort (Fluchtursachenbekämpfung), Förderung sicherer Arbeitsmigration und zur Reintegration rückkehrender Migranten.**

Anlage



LEGENDE:

- Gelb:** A-Länder (Kooperationsländer mit bilateralen Länderprogrammen)
- Orange:** B-Länder (Kooperationsländer mit fokussierter regionaler oder thematischer Zusammenarbeit)
- Grün:** C-Länder (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro nur im Rahmen regionaler Kooperation; Weißrussland nur Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft)

Mit den verwendeten Bezeichnungen und kartografischen Darstellungen wird nicht zum Rechtsstatus von Hoheitsgebieten oder Grenzen Stellung genommen.

HERAUSGEBER

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Referat Öffentlichkeitsarbeit, digitale
Kommunikation und Besucherdienst

REDAKTION

BMZ, Ref. 212 (Südost- und Osteuropa; Südkaukasus)

GESTALTUNG

Atelier Hauer + Dörfler GmbH

STAND

Juli 2016

DIENSTSITZE

→ BMZ Bonn

Dahlmannstraße 4

53113 Bonn, Deutschland

Tel. +49 (0) 228 99 535-0

Fax +49 (0) 228 99 535-3500

→ BMZ Berlin

Stresemannstraße 94

10963 Berlin, Deutschland

Tel. +49 (0) 30 18 535-0

Fax +49 (0) 30 18 535-2501

KONTAKT

poststelle@bmz.bund.de

www.bmz.de